

Beschluss

Nationaler Hitzeschutzplan

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.10.2022
Tagesordnungspunkt: K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Antragstext

1 Ob wir gesund oder krank sind, hängt nicht nur von unserer Lebensweise ab, sondern
2 entscheidend auch von Umwelt und Klima: Wir brauchen sauberes Wasser, gute Luft, erträgliche
3 Temperaturen und gutes Essen. All das steht mit der sich beschleunigenden Klimakrise auf dem
4 Spiel. Neben Hitzewellen gehören Stürme, Dürren, Waldbrände oder Starkregen und
5 Überschwemmungen zu den unmittelbar zu erwartenden Folgen einer ungebremsten Klimakrise. Das
6 Allergiepotential steigt und neue Krankheitserreger können sich ausbreiten. Die medizinische
7 Fachzeitschrift »The Lancet« erklärte den Klimawandel zur größten Bedrohung für die globale
8 Gesundheit im 21. Jahrhundert.

9 Die ersten heftigen Auswirkungen einer ungebremsten Klimakrise spüren wir schon heute. Die
10 schlimme Hochwasserkatastrophe an und um die Ahr mit mehr als 180 Toten wird für lange Zeit
11 ein Trauma in der Region hinterlassen. In den Sommern 2018, 2019 und 2020 kam es insgesamt
12 zu 19.300 hitzebedingten Sterbefällen in Deutschland (Auswertungen des Robert Koch-
13 Instituts, des Deutschen Wetterdienstes und des Umweltbundesamts). Die materiellen Schäden
14 bewegen sich Jahr für Jahr im zweistelligen Milliardenbereich.

15 Wir wollen die Klimavorsorge entscheidend stärken und stärker als bisher als
16 Querschnittsaufgabe verankern. Es braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern
17 und Kommunen für dieses Jahrzehnt und darüber hinaus. Klimavorsorge ist dabei auch eine
18 soziale Frage. Der Staat muss gezielt den Menschen und den Kommunen helfen, die sich die
19 notwendigen Maßnahmen zur Vorsorge nicht so einfach leisten können.

20 **Schutz vor den Auswirkungen der Hitze**

21 Städte mit vielen versiegelten Flächen und wenig Grünanteilen heizen sich in Hitzewellen
22 besonders stark auf. Innenstädte sind dann um bis zu zehn Grad heißer als das Umland. Das
23 ist für alle Menschen in den Städten anstrengend und belastend. Bei hohen Temperaturen nimmt
24 die Arbeitsleistung stark ab und bei fehlender nächtlicher Abkühlung wird die körperliche
25 Erholungsphase beeinträchtigt. Neben den bereits erwähnten Hitzetoten gehören auch
26 hitzebedingte Erkrankungen wie Herz-Kreislaufbeschwerden, Herzinfarkte oder Hitzschlag zu
27 den Folgen hoher Temperaturen.

28 Besonders betroffen sind Menschen mit geringerem Einkommen, ältere Menschen, Säuglinge und
29 Kleinkindern, Pflegebedürftige, Menschen mit Vorerkrankungen oder akut Erkrankten,
30 Obdachlose sowie Personen, die im Freien und/oder körperlich schwer arbeiten. Sie sind
31 zusätzlich häufiger Luftverschmutzung und Lärm ausgesetzt und somit anfälliger für
32 Allergien, Atemwegs- und Kreislauferkrankungen. Zudem haben sie oft keinen Garten oder
33 Klimaanlage zur Verfügung, um Abkühlung zu suchen.

34 Kühle Städte sind grüne Städte: Bäume spenden Schatten und kühlen ihre Umgebung als
35 natürliche Klimaanlage. Mehr Bäume und Grünflächen sind damit zentrale Säule für ein
36 gesundes Stadtklima. Auch begrünte Fassaden und Dächer können zur Abkühlung von Gebäuden und
37 Umgebung beitragen. Städte sollen künftig wie ein Schwamm mehr Wasser aufnehmen, speichern
38 und in der Landschaft halten. Gespeichertes Regenwasser kann zur Bewässerung im Sommer und
39 für Brunnen genutzt werden

40 **Wir brauchen eine umfassende Strategie gegen Hitzefolgen!**

41 Frühere Bundesregierungen haben versäumt, die Bekämpfung der Klimakrise und die
42 Herausforderungen der Anpassung an ihre Folgen sektorübergreifend in einer umfassenden
43 Strategie anzupacken. Das grün geführte Bundesumweltministerium erarbeitet aktuell eine
44 Klimaanpassungsstrategie, die alle Handlungsfelder umfassen wird. Kommunen profitieren
45 bereits von einem Förderprogramm für Klimaanpassungsmanager, um eigene Strategien und
46 Maßnahmen vor Ort zu entwickeln. Für soziale Einrichtungen wie Kitas und Pflegeeinrichtungen
47 gibt es ein spezielles Programm.

48 Ein Bund-Länder-Hitzeschutzplan für den vorsorgenden Gesundheitsschutz muss ein Schwerpunkt
49 der Klimaanpassungsstrategie werden. Darin müssen Aufgaben klar zugeordnet, effiziente
50 Koordinations- und Kommunikationsstrukturen geregelt und verbindliche Maßnahmen formuliert
51 sein, um insbesondere besonders hitzegefährdete Gruppen wirksam zu schützen. Dazu gehören
52 auch entsprechende Finanzierungsregelungen, ein Monitoring zur hitzebedingten Sterblichkeit,
53 zusätzliche Maßnahmen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen einschließlich
54 Weiterbildungsangebote sowie bundesweite niedrigschwellige Informations- und Hilfsangebote
55 insbesondere für besonders hitzesensible Gruppen.

56 Hitzeaktionspläne müssen für alle Städte und Kommunen zum verbindlichen Standard werden und
57 die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Kommunen alle Instrumente im
58 Bau- und Verkehrsbereich treffen können, um Überhitzung entgegenzuwirken. Mit einem
59 Sonderfonds für die Umsetzung von Hitzeaktionsplänen wollen wir die Kommunen bei der
60 Umsetzung unterstützen.

61 Eine Reform des Baurechts und der Städtebauförderung muss konsequent den klimagerechten
62 Stadtumbau unterstützen. Dazu zählen Erleichterungen für Entsiegelungsmaßnahmen und
63 Umwidmung von Straßen- und Parkflächen, die Verankerung eines Grünflächenfaktors und eine
64 Grünkennzahl für Grünflächenmindestanteile auf Baugrundstücken sowie die Ermöglichung von
65 Naturerfahrungsräumen als Flächennutzungskategorie.

66 Programme zur Stärkung von Park- und Grünflächen, städtischen Regenwasserspeichersystemen
67 und öffentlichen Trinkbrunnen müssen ausgeweitet werden, insbesondere für finanzschwache
68 Kommunen. Den vorsorgenden Gesundheitsschutz gegen klimakrisenbedingte Überhitzung wollen
69 wir in das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt integrieren.

70 Wir wollen die Gebäudesanierungsquote bis zum Ende der Wahlperiode verdoppeln und dafür KfW-
71 Programme weiterentwickeln sowie eine Ausbildungsinitiative für das Bauhandwerk starten.
72 Wir setzen uns für eine Stärkung des Bundesprogramms "Sanierung kommunaler Einrichtungen in
73 den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" (SJK) zum Ausbau der Freibadsanierung ein. Freibäder
74 gehören in Hitzephasen zur Daseinsvorsorge, der Zugang muss für alle erschwinglich sein.
75 Forschungsmittel zur Erforschung von gesundheitlichen Folgen der Klimakrise,
76 Präventionsmaßnahmen im Gesundheitsbereich und neuer Hitzeanpassungsansätze müssen
77 ausgeweitet werden.

78 **Wasser: hier zu viel – dort zu wenig**

79 Das vorrangige Ziel einer vorsorgenden Hochwasserpolitik muss sein, Wasser in der Landschaft
80 zu halten. So lassen sich Abflussmengen reduzieren und verzögern. Das ist der erste und

81 beste Schutz gegen Hochwasser und zugleich auch eine Vorsorge für Dürrezeiten. Wo Wasser
82 natürlich versickern kann und gespeichert wird, wo Bäche und Flüsse frei fließen, wo es noch
83 funktionierende Moorböden gibt, können Überflutungen und Flutkatastrophen abgeschwächt
84 werden und Wasser gespeichert werden. Die notwendigen Maßnahmen, um Wasser in der Landschaft
85 zu halten, sind lange bekannt und müssen endlich konsequent umgesetzt werden. Fluss- und
86 Bachtäler müssen wo möglich wieder naturnah gestaltet werden – mit ausreichenden Auen und
87 Retentionsräumen. Dazu können durch extensivere Nutzung auch landwirtschaftliche Flächen
88 dienen. Die Böden können durch eine naturnähere Land- und Forstwirtschaft und bodenschonende
89 Bearbeitung wieder aufnahmefähiger gemacht werden.

90 Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Bislang ist die Versorgung in Deutschland
91 gesichert. Doch in heißen Sommermonaten kommt es bereits heute in manchen Kommunen und
92 Landkreisen zu Engpässen bei der Trinkwasserversorgung. Wir wollen deshalb
93 Grundwasservorkommen langfristig schützen und für die öffentliche Trinkwasserversorgung
94 sichern, indem wir einen Vorrang der öffentlichen Trinkwasserversorgung gesetzlich
95 festschreiben und im Raumordnungsrecht mehr Vorranggebiete für die Trinkwasserversorgung
96 ausweisen. Bisherige historische Entnahmerechte und kostenlose Grundwassernutzungsrechte für
97 Industrie und Landwirtschaft müssen überprüft sowie Ansätze zur Regenwasserspeicherung und
98 Brauchwassernutzung gefördert werden.

99 Die dramatischen Hochwässer und Überschwemmungen 2021, 2013, 2002 und 1997 haben aufgezeigt,
100 wie essentiell eine bessere Hochwasservorsorge ist. Die bisher angenommenen Risiken und
101 Gefahren selbst von extremen Hochwassern wurden vom tatsächlichen Ausmaß der aktuellen
102 Überschwemmungen übertroffen. Planungen, die sich auf 100-jährige Hochwasser beziehen sind
103 überholt. Es braucht neue, bundeseinheitliche Standards zur Darstellung von Extremszenarien
104 in den Hochwasser- und Starkregenrisikokarten. Für die Risikobeurteilung müssen
105 Extremhochwässer, die länger zurückliegen als es eine kontinuierliche Datenaufzeichnung
106 gibt, ebenso genutzt werden wie Modellierungen von Starkregenereignissen, die Grund der
107 Klimakrise künftig heftiger ausfallen können, als dies bisher der Fall war. Auch sollte in
108 den Extremszenarien betrachtet werden, welche Gefahren von Hochwässern ausgehen, wenn der
109 technische Schutz ausfällt, also zum Beispiel Dämme brechen oder Rückhaltebecken überlaufen.
110 Es sollte zudem nicht nur auf den potentiellen Anstieg der Pegel geschaut werden, sondern
111 auch auf die Fließgeschwindigkeiten, denn Wasser ist umso zerstörerischer je schneller es
112 werden kann. In der Konsequenz gilt es, Umfang und genaue Lage der gefährdeten Gebiete und
113 Liegenschaften zu aktualisieren. Wichtig ist, dass aus diesen verbesserten Vorhersagen auch
114 politische Schlüsse gezogen werden: im akuten Fall für die Evakuierung der betroffenen
115 Bevölkerung, planerisch für die weitere Siedlungsplanung. In den besonders von Hochwasser
116 betroffenen Gebieten müssen die Ausnahmeregelungen zur Ausweisung von Bauland und zur
117 Erteilung von Baugenehmigungen im Außenbereich dringend auf den Prüfstand.

118 Hochwasserwarnungen müssen verbessert werden. Eine auf wenige hundert Meter genaue
119 Risikovorhersage, die die Wetterdaten mit den Topographie und der Bevölkerungsdichte
120 synchronisiert, ist wissenschaftlich möglich, aber derzeit noch nicht realisiert. Notwendig
121 dafür wären ein hochleistungsfähiges Rechenzentrum und mehr Forschung. Das sollte
122 idealerweise im europäischen Verbund ermöglicht werden. Dafür müssen Gelder bereitgestellt
123 werden. Es ist zudem wichtig, dass Behörden, Bevölkerung und Helfer*innen genau wissen, wie
124 sie sich im Hochwasserfall verhalten müssen – und wie man langfristig für den Ernstfall
125 vorsorgen kann, wenn man in einem Risikogebiet lebt. Nötig sind flächendeckende kommunale
126 Hochwasser-Audits und Modellierungen von Starkregenereignissen, funktionierende Warnsysteme
127 und regelmäßige Informationen der Bevölkerung, etwa per Übung in Schulen oder Betrieben.
128 Hauseigentümer*innen sollten über sinnvolle bauliche Maßnahmen informiert werden.

129 Ergänzend zum ökologischen Hochwasserschutz sind Maßnahmen des technischen
130 Hochwasserschutzes notwendig, um bestehende Siedlungen zu schützen. Dazu können

131 Rückhaltebecken auch in Seitentälern oder Rückverlagerungen und die Ertüchtigung von Deichen
132 ebenso gehören wie Wälle, die Regenwassermassen um Ortschaften herum leiten oder das
133 Bereithalten von mobilen Hochwasserschutzwänden. Dabei sollen stärker als bisher vor Ort
134 auch Sonderstandorte für den Hochwasserschutz planerisch und technisch vorbereitet werden.
135 Besser eine Kiesgrube oder ein Braunkohletagebau laufen kontrolliert voll als dass
136 Siedlungen überflutet werden.

137 **Landnutzung und Infrastruktur ökologisieren**

138 Umfassende Klimaanpassung bedeutet, in Sicherheit zu investieren. Landwirtschaftliche
139 Flächen müssen regional extensiviert werden, ohne dass dies wirtschaftlich auf Kosten der
140 Landwirt*innen geht, Wälder müssen in naturnahe klimastabile Mischwälder umgebaut,
141 Entwässerung und Kanalisierung zurückgebaut, Deiche rückverlegt werden, Städte umgebaut,
142 Plätze begrünt, Bäume gepflanzt werden. Wer an solchen Maßnahmen spart, gefährdet die
143 Sicherheit der Bevölkerung. Mit dem strategischen Ankauf von Naturschutzflächen kann die
144 öffentliche Hand zugleich Wasserrückhalteflächen gerade auch in
145 Hochwasserentstehungsgebieten gewinnen. Für die notwendigen Naturschutzmaßnahmen brauchen
146 wir daher schnell wirksame Planungsinstrumente zur Flächensicherung.

147 Damit Ökosysteme widerstandsfähiger werden, müssen wir deren chemische Belastung durch
148 Pestizide und Schadstoffe wesentlich reduzieren und eine gesunde Vielfalt wiederherstellen.
149 Vielfältigere Ökosysteme reagieren stabiler auf Störungen. Das gilt in besonderem Maße auch
150 für unsere Landwirtschaft. Niemand weiß bei der Aussaat, ob das Jahr extrem heiß, stürmisch,
151 nass, trocken oder kalt wird. Dies erfordert grundlegende Bewirtschaftungsanpassungen zur
152 Risikobegrenzung. Weiter zu wirtschaften wie bisher ist keine realistische Option.

153 Deshalb ist jetzt notwendig, dass wir Landwirt*innen dabei unterstützen, das gesamte System
154 der Lebensmittelproduktion robust aufzustellen für die Herausforderungen der nächsten Jahre.
155 Bäume und Hecke auf Feld und Acker sind nicht nur eine effektive CO²-Senke in der
156 Landwirtschaft, sondern beeinflussen auch das Kleinklima. Agroforstsysteme und Agri-
157 Photovoltaik müssen raus aus der Nische, weil sie ein robustes Gesamtsystem mit Schatten,
158 Erosionsschutz und Verdunstungsreduktion schaffen. Das ganze Anbausystem muss konsequent
159 diversifiziert werden, um extremere Umwelteinflüsse ausgleichen zu können. Das bedeutet
160 weniger Monokulturen und längere Fruchtfolgen, Mischkulturen, mehr Unter- und
161 Zwischensaat, kleinere Schläge und eine höhere Diversität der angebauten Feldfrüchte. Eine
162 zentrale Rolle wird eine Wirtschaftsweise spielen, die die Humusschicht auf- statt abbaut,
163 damit Wasser und Kohlenstoff im Boden gespeichert werden können. Neben Pflanzen und Böden
164 brauchen auch Tiere Schutz vor den zunehmenden Hitzewellen. Dazu müssen Ställe umgebaut und
165 mit leistungsfähigen Lüftungen oder Ventilatoren ausgerüstet werden. Außerdem müssen auch
166 Weideflächen deutlich strukturreicher werden. Die europäische und nationale Agrarförderung
167 muss entsprechend dieser Anforderungen konsequent neu ausgerichtet werden.

168 Gesunde artenreiche Mischwälder sind ein wichtiger Baustein für funktionierende
169 Wasserhaushalte und Hochwasserschutz und verringert die Gefahr von Waldbränden. Daher
170 richten wir die Waldbauförderung auf den naturnahen Waldumbau mit einer Vielfalt an
171 heimischen Baumarten und bodenschonender Bewirtschaftung aus. Voraussetzung für den Aufbau
172 klimaresilienter Wälder ist ein angepasstes flächendeckendes Management von Reh- und
173 Rotwildbeständen, damit ausreichend Jungbäume aufwachsen können und nicht wie bislang
174 verbissen werden.

175 Wir müssen unsere Infrastrukturen auf den Prüfstand stellen und an die Klimarisiken
176 anpassen. In Karlsruhe legte die letzte Hitzewelle den ÖPNV lahm, die deutsche Bahn kämpft
177 schon bei Normalwetterereignissen mit ihrer Betriebsfähigkeit, die Kanalisation vieler
178 Gemeinden ist sowohl mit Dürreperioden als auch mit Starkregen überfordert, der technische
179 Hochwasser- und Starkregenschutz gerade in Gefahrengebieten wie den Mittelgebirgslagen ist

180 teilweise mangelhaft. Es geht um nicht weniger als ein umfassendes Modernisierungsprogramm
181 für unsere Infrastrukturen, Städte und Dörfer. Auch die Verkehrsinfrastruktur muss angepasst
182 werden und die anstehende Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans genutzt werden, um alle
183 Planungen einer Klima-, Umwelt- und Bedarfsprüfung zu unterziehen. Dafür müssen Mittel für
184 die Sanierung maroder oder für Umwelteinwirkungen besonders anfälliger Infrastruktur
185 freigemacht werden.

186 Klimavorsorge ist eine umfassende Herausforderung und kostet zunächst eine Menge Geld – das
187 aber gut angelegt ist, weil es hohe Folgekosten in der Zukunft vermeidet. Mit dieser Aufgabe
188 wollen wir die Kommunen, gerade die strukturschwachen, nicht allein lassen. Bei solchen
189 essentiellen Fragen muss es schnell gleichwertige Verhältnisse überall in unserem Land
190 geben. Die Klimavorsorge wirft deshalb auch erneut die Frage auf, was uns wichtig ist und
191 welche Prioritäten wir in der Haushaltspolitik setzen – in Bund, Ländern und Kommunen. Für
192 die notwendigen Anpassungen vor Ort wie die Umwandlung in „Schwammstädte“ und
193 „Schwammlandschaften“, Maßnahmen des Hochwasserschutzes oder den Umbau der Kanalisation muss
194 Geld bereitgestellt werden. Haushaltsspielräume wollen wir insbesondere durch den stetigen
195 Abbau umweltschädlicher Subventionen und Steuerfehlansätze schaffen.

196 **Natürlicher Klimaschutz ist die beste Klimavorsorge**

197 Die Klimakrise und das Artensterben sind zwei Krisen, die eng miteinander verbunden sind.
198 Abgestorbene Bäume speichern kein CO₂ mehr. Trockengelegte Moore sind für einen erheblichen
199 Teil der bundesweiten CO₂-Emissionen verantwortlich, dabei können gesunde Moorböden
200 Treibhausgase speichern! Mit technischen Lösungen allein werden wir unsere Klimaziele nicht
201 erreichen, wir brauchen deshalb gesunde Ökosysteme als unsere natürlichen Verbündeten. Um
202 diesen verzahnten Krisen wirksam entgegenzuwirken, müssen Natur- und Klimaschutz
203 zusammengedacht werden. Zentral hierfür sind der Erhalt, die Stärkung, die Renaturierung
204 sowie die Wiederherstellung natürlicher Ökosysteme. Diese dienen als Lebensräume für eine
205 Vielzahl an (bedrohten) Arten. Gleichzeitig tragen sie als natürliche Kohlenstoffspeicher
206 und -senken zur Minderung des Treibhauseffekts bei. Zugleich sind sie ein Garant für
207 Klimavorsorge: Vielfältige und naturnahe Ökosysteme sind resilienter. Sie können sich besser
208 an den Klimawandel anpassen und sorgen insbesondere durch ihre Fähigkeit, Wasser zu
209 speichern und zu regulieren auch dafür, dass Extremwetterereignisse, Starkregen und
210 Dürreperioden abgefedert werden.

211 Das „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ ist ein Herzstück der grünen Umwelt- und
212 Klimapolitik in dieser Bundesregierung. Das Programm vereint Klimaschutz mit
213 Biodiversitätsschutz und macht unsere Ökosysteme fit für die Folgen der Klimakatastrophe. Es
214 fördert den Schutz intakter Moore und die Wiedervernässung von Moorböden, lebendige Flüsse,
215 Seen und Auen, Meere und Küsten, Wildnis und Schutzgebiete, naturnahe Waldökosysteme, Böden
216 als Kohlenstoffspeicher und den Natürlichen Klimaschutz auf Siedlungs- und Verkehrsflächen.
217 Damit spielt das Aktionsprogramm eine herausgehobene Rolle bei der Frage, wie wir den sich
218 gegenseitig verstärkenden ökologischen und klimatischen Krisen unserer Zeit etwas in den Weg
219 stellen. Für den Natürlichen Klimaschutz stellen wir in der Bundesregierung bis 2026 vier
220 Milliarden Euro bereit, mit denen konkrete Projekte vor Ort gefördert und notwendige
221 Personalstrukturen geschaffen werden. Nun kommt es auf uns alle an, Kommunen,
222 Landbesitzer*innen und andere Akteur*innen vor Ort über Fördermöglichkeiten zu informieren
223 und zu gewinnen, damit diese Mittel auch abgerufen werden und die guten Ideen einen Beitrag
224 zur Eindämmung der Biodiversitäts- und Klimakrise leisten können.